

Termin noch vor Weihnachten geplant

# GFL unmittelbar vor Gründung

Lünen. (kes) Die neue Wählergemeinschaft „Gemeinsam für Lünen“ (GFL) wird noch vor Weihnachten gegründet, nachdem der Rat bekanntlich den von den Kraftwerksgegnern beantragten freiwilligen Bürgerentscheid abgelehnt hat. Das kündigte Prof. Dr. Johannes Hofnagel in der Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative „Kontra Kohle Kraftwerk“ (BI KKK) am Mittwochabend an.

Die neue Wählerliste wolle den Grünen keine Stimmen wegangeln, sondern sie in der bürgerlichen Mitte gewinnen. Dort herrsche nach seiner Feststellung viel Unmut über die gegenwärtige Kommunalpolitik und eine Alternative zu den herrschenden Parteien werde sehr begrüßt. Als Ziele der GFL nannte Hofnagel das Verhindern weiterer Kohlekraftwerke, das Aufbrechen der politischen Verkrustung („es muss ein Ruck durch Lünen gehen“), ein Stopp der Hinterzimmerpolitik, einer Erneuerung der Kommunalpolitik, das Einarbeiten in alle politischen Felder, das Angebot einer neuen, unbelasteten und demokratischen Wahlalternative, Schaffung einer Interessenvertretung der bürgerlichen Mitte und der Einzug in den Rat. Wie der zweite Vorsitzende und Pressesprecher der BI, Peter Nichau, am Rande der Veranstaltung in der „Stadtinsel“ berichtete, würden selbst Vertreter aus CDU und SPD mit einem GFL-Stimmenanteil von rund 18 Prozent bei der nächsten Kommunalwahl 2009 rechnen.

Die BI KKK hatte zuvor einen Rückblick auf bisherige Aktivitäten wie z. B. die Ärzteversammlung, den Erörte-

rungstermin, das „Heimleuchten“, die Information im Hansesaal und die Unterschriftenaktion gehalten.

Die BI hat das Vorstandsteam verstärkt. Weitere Stellvertreter sind Ingbert Kerseboom, Joachim Wilmes und Jörg Wilhelm. Im Vorstand bleiben - wie bisher - Thomas Mathee (Vorsitz), Peter Nichau (Stellvertreter), Stefan Radau (Schriftführer) und Bärbel Lersch (KassiererIn).

Die Initiative will kein eingetragener Verein werden, strebt aber die Gemeinnützigkeit an, um Spendenquittungen ausstellen zu können. Sie will alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um die Kohlekraftwerke von Trianel und Evonik zu verhindern und hat schon Kontakte zu Anwälten aufgenommen. Im Falle von Klagen würden sie mangels eigener Klagebefugnis vom Arbeitskreis für Umwelt übernommen. Der soll nach einer Satzungsänderung auch das Vermögen der BI im Falle einer Auflösung bekommen.

## INFORMATION

### 400 aktuell in der BI

- Die Bürgerinitiative gegen Kohlekraftwerke hat zurzeit rund 400 Mitglieder. Sie ist überparteilich und kein Ableger der Grünen oder anderer Parteien.
- Zum Treffen des Kernteam kann jedes Mitglied kommen. Das nächste ist am 9. Januar um 19.30 Uhr im Bowling-Center (früher Keglerheim Schwenke) am Lindenplatz.